



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. März 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 4 der Tagesordnung: Polizeiverordnung der Stadt Karlsruhe über ein Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz in Karlsruhe
Vorlage: 2024/0118

Punkt 4.1 der Tagesordnung: Soziales Plätzekonzept
Ergänzungsantrag: FW|FÜR
Vorlage: 2024/0118/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der als Anlage 1 beigefügten – „Polizeiverordnung der Stadt Karlsruhe über ein Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz in Karlsruhe“ –.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (39 JA, 2 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 5. März 2024:

Ich darf hier für die Öffentlichkeit - wir hatten Ihnen das gestern schon zukommen lassen - feststellen, dass wir zum Thema Herzensprojekt jetzt eine Lösung haben. Das Herzensprojekt, das letztes Mal hier im Gemeinderat für eine große Diskussion gesorgt hat, ist bereit, und es gibt auch schon die entsprechenden Gespräche, auf den Busparkplatz des Badischen Staatstheaters in Zukunft zu gehen, der Busparkplatz, der entlang der Kriegsstraße auf der Seite des Staatstheaters liegt, und dort dann ihre entsprechende soziale Initiative umzusetzen. Wir hatten Ihnen auch gestern schon in Aussicht gestellt, dass das Ganze immer samstags bis 20:00 Uhr stattfindet. Das ist das, was sich das Herzensprojekt ursprünglich vorgestellt hat. Wir sind aber übereingekommen, dass wir es nur bis 18:00 Uhr samstags nachmittags zulassen werden. Das Ganze ist dann auch auf eine Zeit bis, Moment, jetzt muss ich gucken, auf vier Monate wird das Ganze jetzt als Sondernutzung zunächst genehmigt, sodass wir auch gucken können, was sich für Erfahrungen tun. Damit, glaube ich, haben wir einem Wunsch auch aus dem Gemeinderat jetzt Rechnung getragen, und zumindest dieses ist auf dem Werderplatz kein Thema mehr.

Damit kommen wir in die Debatte zur Polizeiverordnung und zu dem Antrag der Freien Wähler, und ich darf beginnen mit Frau Stadträtin Wolf.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Wem gehört der öffentliche Raum? Uns allen natürlich. Aber was darf man dort tun? Nun, das wird immer wieder neu verhandelt von der ganzen Gesellschaft. Vor einigen Jahren hat dann die grün geführte Landesregierung den Kommunen ermöglicht, dass man Alkoholkonsumverbote im öffentlichen Raum verhängen kann. Ich muss ehrlich sagen, ich war damals entschieden dagegen. In der grünen Jugend noch habe ich mich mit viel Energie dafür eingesetzt, dass genau das nicht möglich ist. Denn wenn man nur ein paar Dutzend Cent für ein Bier bezahlen kann, ist dann der Konsum verboten, aber wenn man ein paar Euro für das Bier bezahlen kann, dann bekommt man im Biergarten gleich noch den Tisch und den Stuhl dazugestellt. Das ist schon eine krasse Ungleichbehandlung. Hier werden Rechte eingeschränkt. Ich finde, das sollten wir auch heute in der Debatte nicht vergessen.

Trotzdem werde ich und trotzdem werden wir als Grüne Fraktion heute wieder dem Alkoholkonsumverbot zustimmen, und zwar gerade weil der öffentliche Raum uns allen gehört. Wir setzen uns Tag für Tag dafür ein, dass wir alle diesen öffentlichen Raum nutzen können, dass sich alle sicher fühlen können und dass niemand Angst haben muss. Dieses Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz ist eines der wenigen ordnungsrechtlichen Mittel, die wir noch haben auf dem Werderplatz, und das sollten wir nutzen. Das Ziel ist dabei, und das wird mir auch immer wieder von den Menschen dort am Werderplatz rückgespiegelt, das Ziel ist dabei nicht, dass bestimmte Gruppen ganz vertrieben werden sollen vom Werderplatz, denn es haben alle das Recht, sich dort aufzuhalten. Dennoch wollen wir die Situation ein bisschen entzerren und vielleicht auch das Aggressionspotenzial senken.

Man muss aber auch bedenken, dass dieses Alkoholkonsumverbot eben Teil von einem größeren Maßnahmenpaket war. Zum Beispiel will ich den A3, den alkoholakzeptierenden Aufenthaltsraum, noch einmal nennen. Wir begrüßen ganz explizit, dass es da eine enge Abstimmung mit der AG Werderplatz auch zu diesem Thema gab. Wir begrüßen auch die Abrundung, also die leichte Erweiterung von dieser Alkoholkonsumverbotszone auf den Gehweg und über die Straße. Wir glauben, das ist an der Stelle sinnvoll. Vielleicht kann dadurch auch das Kiosk am Werderplatz ein bisschen entlastet werden.

Jetzt noch kurz zu dem Ergänzungsantrag. Da schließen wir uns der Stadtverwaltung an. Das Thema ist wirklich sowas von erledigt. Alle diese Anliegen sind auf so vielen Wegen schon an die Stadtverwaltung herangetragen worden. Wir haben rechtlich keine Möglichkeiten, aber es werden Gespräche geführt und dass diese Gespräche auch Wirkung zeigen, das haben Sie, Herr Oberbürgermeister, gerade nochmal gesagt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich meine, dass das Alkoholverbot bei aller theoretischen Darlegung von gerade eben ein wichtiger Bestandteil ist, um die sehr schwierige Situation, die sich in der Gesellschaft auf diesem Platz ergibt, eine Lösung darstellt, das hat die Vergangenheit gezeigt. Die Arbeitsgruppe Werderplatz hat nicht umsonst das auch wieder vorgeschlagen. Ihre Dienste sind unbezahlbar, auch wenn es sich um einen Kampf gegen Windmühlen zu handeln scheint. Es ist eine Maßnahme, die die Verhältnisse nicht löst, aber lindert. Die Ordnungskräfte, die sich dort tagtäglich einbringen, haben damit zumindest eine Handhabe. Entscheidend ist allerdings, dass man dort Präsenz zeigt, und das hat man auch sich vorgenommen, soweit dies eben im Rahmen der Möglichkeiten sind. Insofern

herzlichen Dank an alle Ordnungskräfte des Polizeipräsidiums und der Stadt Karlsruhe. Die Fortsetzung des Alkoholverbots ist also zwingend, und auch die Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches.

Noch etwas zum Ergänzungsantrag von Freie Wähler | FÜR Karlsruhe, der hat sich erledigt. Die Antwort ist interessant, weil sie sich nur formell auslässt, die Problematik scheinbar nicht zu erkennen ist. Aber jetzt hat sich trotz allem etwas bewegt, und da kann man sehen, es gibt halt doch einen Unterschied zwischen formeller Niederlegung des Tatbestandes und der von allen Seiten erkannten Notwendigkeit der Verlegung dieses wohlmeinenden Projekts des Herzensprojektes.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir hatten bei der letzten Gemeinderatssitzung bereits eine sehr ausführliche Diskussion über den Werderplatz ohne handfeste Ergebnisse. Ich bin jetzt sehr dankbar, dass es geklappt hat und höre die Nachricht gern, dass das Herzensprojekt jetzt gegenüber der Kriegsstraße 88 die Wohltaten, die sie verbreiten, machen kann. Die einzige konkrete Maßnahme, die schon seit Jahren da ist, das ist tatsächlich das Alkoholverbot. Allerdings, Frau Wolf, Ihre Ausführungen zum Landesgesetz, da zeigt sich doch jetzt wieder genau an dieser Stelle, wie restriktiv das Landesgesetz von der schwarz-grünen oder grün-schwarzen Landesregierung hier tatsächlich ist. Freiburg und Karlsruhe wollten das Alkoholverbot aufsetzen. Hier hätten wir gerne ein paar Meter noch mehr gehabt. Es wird ausgeweitet, weil man gesehen hat, die Leute, die nicht mehr auf dem Werderplatz stehen, stehen jetzt gegenüber von der Marienstraße vor der Apotheke oder neben diesem Wettbüro und gehen da noch ein paar Meter rein. Da ist so ein hübscher Telekom-Kasten, und das nutzen sie wunderbar als Theke. Die hätten wir gerne auch noch mit eingeführt, aber das Landesgesetz ist so restriktiv, dass die Voraussetzung sehr eingeschränkt ist. Man sieht es, jetzt erst ab 1. April geht es los, also zeitlich und räumlich sind da die Grenzen gesetzt.

Aber es ist die richtige Maßnahme, wir wollen natürlich auch vor allen Dingen entzerren, dass die Leute durchaus ihr Bier trinken können. Es gab letztes Mal den Antrag der KAL, die Sozialarbeit auszuweiten. Wir hätten gerne dem A3, dem alkoholakzeptierenden Aufenthaltsraum, auch ermöglicht, den Samstag zu öffnen. Das wäre hier durchaus mit dem Antrag, den Herr Cramer begründet hat, möglich gewesen, aber auch das ist gescheitert an grün-schwarzer Mehrheit hier im Gemeinderat. Hier ist das nicht so sehr stringent. Als weitere Alternative gab es früher durch die Diakonie an der Stuttgarter Straße einen der Kleingärten, wo sich dann die Leute mit dem Alkoholkonsum aufgehalten haben. Wir hoffen, dass es im Rahmen der Neugestaltung der Stuttgarter Straße auch möglich ist. Es ist befürchtet, wenn das Alkoholverbot nicht käme, dass dann wieder mehr KOD-Einsätze dort notwendig werden. Das sind viele Argumente, die deutlich machen, die SPD stimmt hier da zu, und das ist die richtige Entscheidung.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Für meine Fraktion ist es nicht die richtige Entscheidung, das Alkoholverbot weiterhin auf dem Werderplatz anzuordnen und durchzuführen. Für uns ist das letztendlich ein Placebo-Effekt. Der Herr Kollege Pfannkuch hat es schon gesagt, es ist ein Kampf gegen Windmühlen, und solch einem Kampf gegen Windmühlen wollen wir nicht zustimmen. Ich denke, in der letzten Gemeinderatssitzung kamen Vorschläge, unter anderem auch von meiner Fraktion. Der Herr Zeh hat es freundlicherweise schon angesprochen. Ich würde gerne von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, wissen, Sie haben gewisse Punkte mitgenommen und gesagt, dass Sie schauen, was man umsetzen kann. Da hätte

ich jetzt vielleicht gerne von Ihnen gewusst, ob die Karlsruher Stadtverwaltung sich irgendwo auf den Weg gemacht hat in die Richtung, was beantragt wurde.

Noch einmal zum Alkoholverbot, das große Problem sind die Menschen, die dort Drogen nehmen, harte Drogen nehmen, die offen auf den Stufen der Kirche sitzen und sich einen Schuss geben. Und alles das ist natürlich jetzt mit dem Alkoholverbot überhaupt nicht abgedeckt. Dieses neue Publikum, was sich dort jetzt zusammenfindet, die viel härter drauf sind als die alteingesessene Trinkerszene, sage ich mal, werden wir mit diesem Alkoholverbot nicht einfangen können. Von daher werden wir nicht zustimmen können heute.

Ein Lob, ein Dankeschön natürlich an die Stadtverwaltung, wer auch immer dann federführend das betrieben hat, ist natürlich, dass jetzt für diese Brettener Initiative ein anderer Standort gefunden wurde, der auch mehr Sinn macht, weil es nämlich näher dran ist an den Menschen, die obdachlos sind gegenüber in der Kriegsstraße und in Richtung Mendelssohnplatz. Also das passt absolut, und da möchte ich mich wirklich ausdrücklich sehr bedanken, weil ich letzten Monat diese Hoffnung ehrlich gesagt nicht hatte, dass Sie etwas finden, wo dann auch dieses Herzensprojekt mit dabei ist und diesen neuen Standort annimmt.

Stadtrat Hock (FDP): Anknüpfend an den letzten Redner, Herrn Cramer, möchte ich sagen, ich bin auch für meine Fraktion dankbar, dass man jetzt für das Herzensprojekt eine Lösung gefunden hat, weil dort verortet, da waren wir uns ja einig, war es echt eine schwierige Situation.

Zurück zum Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz, ich möchte der Verwaltung danken, dass sie das uns heute auch so klar und deutlich vor Augen hält, was es bedeutet, wenn wir das nicht hätten, wenn wir diese Möglichkeit der Regulierung an diesem Platz beim Alkoholverbot nicht hätten, was das bedeutet für die Menschen, die dort wohnen und für die Menschen, die dort ihren Erwerb haben, die Gasstätten etc. etc. Was das bedeutet, steht, wenn man das sich durchgelesen hat, klar und deutlich. Außerhalb der Zeiten gehen die Störungen klar nach oben. Ich weiß, dass es sehr enge restriktive Dinge sind, dass man das überhaupt durchsetzen kann. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, was würden wir tun, wenn wir das nicht hätten? Dann glaube ich, trotz, dass der Herr Cramer natürlich in einem Punkt Recht hat, wir tun bei einem Alkoholverbot jetzt das Richtige, aber wir sind bei anderen Dingen vielleicht noch nicht so weit, dass wir irgendwie eine Lösung haben.

Aber Herr Kollege Cramer, ich muss wirklich sagen, ich glaube schon, dass wir in dem Punkt schon ansetzen müssen, weil so wie es jetzt ist in den Monaten, Sie wissen das besser als jeder andere dort an diesem Platz, glaube ich, können wir nur mit dieser Maßnahme einen gewissen Erfolg erreichen, indem die Leute sagen, die Stadtverwaltung tut in gewissen Bereichen jetzt wirklich etwas für uns und versucht auch die Problemstellungen zu lösen. Wir sind, wie gesagt, der Stadtverwaltung dankbar, dass sie das jetzt auf den Weg bringt und auch klar erläutern kann, wieso es rechtlich möglich ist. Das ist gar nicht so einfach. Ich danke für die Vorlage, und wir werden das heute als FDP-Fraktion mitgehen.

Die Aussage vom Kollegen Pfannkuch zu dem Antrag von Freie Wähler für Karlsruhe sehen wir etwas differenzierter. Von daher gesehen wird vielleicht der Herr Oberbürgermeister dazu auch noch etwas sagen. Wie gesagt, mit der Vorlage gehen wir gerne so mit.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE.): Ich denke, wir können uns genauso dem Dank anschließen, dass wir zumindest eines der Probleme oder Herausforderungen, reden wir über Herausforderungen, besser gelöst bekommen haben oder relativ schnell gelöst bekommen haben. Aber ich würde es anders sehen als der Kollegen der CDU. Das Alkoholkonsumverbot ist nicht theoretischer Natur, sondern ist praktischer Natur, weil es geht natürlich nicht um den Alkohol, der konsumiert wird, wenn der Unterschied zwischen Sitzen in einer Außen-gastronomie und Stehen 50 Zentimeter dran ist. Es geht auch nicht darum, ob ich jetzt um 19:00 Uhr am Montag nach dem Einkauf ein Bierchen in der Hand habe. Vielleicht bin ich auch das Problemklientel am Werderplatz. Ich hoffe es nicht. Es geht nicht darum, sondern es geht darum, welche Situation damit entsteht und welche Personen es betrifft. Deshalb stecken bei uns schon zwei politische Herzen drin, also auf der einen politisch, dass wir trotzdem das Alkoholkonsumverbot losgelöst vom Werderplatz nicht als das richtige Mittel erachten, weil es einfach eine extrem repressive Maßnahme ist, die alle trifft, und nicht nur die Leute, auf dessen Gründen wir zu diesem Verbot kommen. Und gleichzeitig, obwohl wir es eigentlich ablehnen, uns zumindest beugen werden in dessen, dass wir sehen, dass es ein großer Wunsch der Arbeitsgruppe ist, dass es ein großer Wunsch aus der Bürgergesellschaft ist, dass es eine Erleichterung oder zumindest ein Gefühl der Verbesserung da ist. Ich mag es nicht weiter zu beurteilen. Deshalb werden wir uns heute an der Stelle enthalten und trotzdem weiter sehen wir den Bedarf, dass wir mit verschiedensten Maßnahmen natürlich weiterhin politisch diskutieren müssen, wie wir den Werderplatz zu einem attraktiveren Aufenthaltsort schaffen und dort die Probleme in den Griff bekommen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich möchte Sie loben dafür, dass Sie das in der Weise jetzt umgesetzt haben, die Verordnung zum Alkoholverbot. Wir glauben, dass es ein gutes Puzzle ist für das Ganze, es ist keine Lösung für alles, aber es ist ein gutes Teil dafür. Dafür danken wir Ihnen herzlich. Bei der Beantwortung für unseren Zusatzantrag sind wir doch ein bisschen ins Fragen gekommen. Wieso ging es eigentlich, dass wir damals eine Verordnung gemacht haben, dass ein Kaffeebiker auf dem Friedrichsplatz nicht mehr Kaffee verkaufen darf, aber soziale Dinge kann man nicht lenken? Also der Charme unseres Antrags war eigentlich zu sehen, dass verschiedene Quartiere sozusagen ihr eigenes soziales Programm aufbauen könnten, und da könnte man Schwerpunkte auch für die Stadt festlegen. Insofern war es für uns nicht ganz einsichtig, warum das an der Stelle nicht geht, und beim Sozialen geht es nicht, aber jetzt beim Kaffeebiker geht es offensichtlich, das zu lenken und zu sagen, nein, das geht in dem Fall nicht. Das hat uns etwas enttäuscht.

Natürlich sind wir froh, dass das Herzensprojekt auf Einsicht, auf Goodwill jetzt eine Veränderung vorgenommen hat. Das ist natürlich toll, dass Sie sich die Mühe gemacht haben. Vielen Dank an der Stelle noch einmal. Aber wir hätten ein bisschen mehr strategisch gedacht für Karlsruhe erwartet.

Stadtrat Schnell (AfD): Ganz kurz, von uns ein klares Ja zu der Vorlage, insbesondere zu der räumlichen Ausweitung des Alkoholverbots. Ich möchte hier noch anmerken, dass es zur weiteren Lösung der Zustände am Werderplatz durchaus hilfreich wäre, wenn ganzjährig ein räumlich weitergefasstes Alkoholverbot ausgesprochen werden dürfte, was gegenwärtig nicht möglich ist. Da möchte ich die Verwaltung darum bitten, sei es direkt, sei es um den Städtetag, diesbezüglich beim Land verstärkt vorstellig zu werden. Denn bis zur nächsten Landtagswahl, nach der sich dann hoffentlich etwas ändert, ist es noch recht weit hin. Den Ergänzungsantrag halten wir angesichts der gefundenen Lösung für erledigt.

Stadträtin Fenrich (pl.): Mehr oder weniger klopfen wir uns jetzt alle, bis auf wenige Ausnahmen, auf die Schulter und sagen, Problem gelöst, und dann packen wir es erst mal weg. Aber jetzt mal ganz ehrlich, dieses Problem ist nicht gelöst. Das, was uns die Gesetzeslage im Moment hergibt, ist richtig, können wir nur so weit fahren. Aber da möchte ich mich meinem Vorredner anschließen. Ich bemerke, wir haben uns nicht abgesprochen, da muss was geschehen. Wo soll denn die Gesellschaft eigentlich noch hin driften, wenn jetzt noch Cannabis zum Beispiel dazukommt? Da können wir doch schon von vornherein sagen, das Problem wird nicht verringert, sondern das Problem wird verstärkt. Dass wir als Stadt das nicht zufriedenstellend lösen können, ist klar. Aber wir sind doch auch den Bürgern etwas schuldig. Wir sind den Anwohnern dort etwas schuldig. Wir sind den Gewerbetreibenden dort was schuldig. Und wir kommen mit Sozialarbeit und einem alkoholakzeptierenden Raum und einem Drogengenussraum, wir kommen einfach nicht weiter. Wir müssen als Gesellschaft nochmal versuchen umzudenken. Ich weiß, auf der linken Seite ist jetzt wahrscheinlich innerlich ein Shitstorm, ich höre nichts, aber innerlich wird es so sein, aber Sie lösen das Problem damit nicht. Wenn Sie das Problem nicht lösen, müssen wir doch überlegen, was wir machen. Was soll denn geschehen weiterhin? Sollen wir jetzt warten wieder ein paar Monate, und dann sehen wir, wird wieder schlimmer, wieder mehr Kontrollen, und dann geht es gerade so weiter. Damit ist niemandem getan, damit ist niemandem gedient. Deswegen würde ich mich nochmal, wie gesagt, meinem Vorredner anschließen.

Herr Oberbürgermeister, es ist wirklich ein Problem, das ist in anderen Städten genauso. Es ist ein Problem des Landes, und es ist ein Problem der Republik, und da müssen wir irgendwo ansetzen können. Mit der derzeitigen Gesetzeslage können wir es nicht, das ist ersichtlich. Also müssen wir gucken, was wir machen können. Ich weiß auch keine Lösung, das weiß keiner hier im Saal, aber im Prinzip muss eine Lösung her. Das sind wir allen Bürgern schuldig. Allen Bürgern, die hier in Karlsruhe leben.

Stadtrat Braun (KAL/Die PARTEI): Mein Fraktionsvorsitzender hat gerade schon gesprochen und auch sehr richtig gesprochen. Deswegen möchte ich mir nur kurz rausnehmen, noch einen Satz zu dem Änderungsantrag zu sagen, weil sich die Begründung der Antragsteller so liest, als wären solche Hilfsangebote dafür verantwortlich, dass unzählige Menschen aus anderen Stadtteilen dahin tingeln würden. Aber es ist natürlich die falsche Betrachtungsweise, denn es heißt, dass die Versorgung der Bedürftigen in vielen Stadtteilen Karlsruhes unterpräsentiert ist, und das ist natürlich unsere Aufgabe als Stadt. Zum eigentlichen Alkoholkonsumverbot nur soviel, dass ich davon ausgehe, wenn die Cannabis-Legalisierung nun endlich kommt, dass das schon einige Probleme dort vor Ort verselbstständigen würde.

Der Vorsitzende: Mir ist nochmal wichtig, auf den Umstand hinzuweisen, der auch in der Vorlage steht. Da will ich das, was Sie, Herr Stadtrat Zeh, ausgeführt haben, einfach ergänzen. Es ist nicht die einzige Maßnahme, sondern es ist eine Maßnahme in einem Maßnahmenbündel, und da gehört der A3-Aufenthaltsraum dazu, da gehört die Sozialarbeit in Streetwork dazu und manches andere mehr. Wir haben von daher auf der einen Seite repressive Maßnahmen, und wir haben auf der anderen Seite auch eine breite Unterstützung für die jeweiligen Personen. Aber es steht am Ende den einzelnen Personen frei, solche Angebote zu nutzen oder auch nicht. Und das ist nach wie vor immer noch eine freie Entscheidung, die ich auch durch noch so viel Repression an dieser Stelle nicht grundsätzlich beeinflussen oder auch den Menschen wegnehmen kann. Es ist auch nicht so, dass Alkoholkonsum grundsätzlich verboten ist. Das wäre vielleicht eine Radikallösung für manches,

auch wenn ich die Gefährlichkeit von Alkohol betrachte, aber das steht hier heute nicht zur Debatte, und würde genauso wenig funktionieren wie das Verbot von manchen anderen Dingen, sondern es geht darum, dass man Alkoholkonsumverbot da aussprechen kann, wo es zu einer sozusagen kulturellen Entwicklung kommt, die am Ende anderen Gruppen den Aufenthalt dort auf dem Raum, in diesem Raum und auch für die, die um den Raum herum wohnen, nutzen, arbeiten, leben, unerträglich macht. Und deswegen ist es auch keine Maßnahme, die den Einzelnen natürlich schon repressiv betrifft. Es ist aber am Ende eine Maßnahme, die ein Stück weit der Aufrechterhaltung einer gewissen öffentlichen Ordnung und Sicherheit dient. So ist es auch verankert. So ist es unter großen, schwierigen Rahmenbedingungen möglich.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir das beispielsweise auch das ganze Jahr aufrechterhalten könnten, denn die Witterung wird uns nicht mehr zwischen Winter- und Sommerhalbjahr so unterscheidend helfen, dass das in einem Jahr passiert und in einem anderen Halbjahr nicht. Unsere Erfahrungen sind eben so, sobald dieses Alkoholkonsumverbot aufgehoben ist, nehmen die Beschwerden und auch die Belastungen sofort sprunghaft zu. Deswegen kann ich auch Argumentationen wie, das ist der falsche Ansatz oder bringt ja nichts mehr, nicht so ganz nachvollziehen. Hier gibt es auch eindeutige Aussagen von den Menschen, die vor Ort unterwegs sind.

Zudem zu der Aufforderung, Herr Stadtrat Cramer, was ich da alles mitgenommen habe. Also ich kann mich noch erinnern, dass wir über eine Substitutionspraxis im Umland reden sollten. Das tun wir natürlich fortlaufend. Der Landkreis sucht die ganze Zeit. Zu anderen Punkten fällt mir jetzt spontan nichts ein. Wir liefern das nach. Und auch Ihnen, Herr Stadtrat Kalmbach, würde ich gerne anbieten, dass wir mit den Fachleuten ein kurzes Gespräch führen, dass es schon nochmal ein Unterschied ist, wie ich die gewerbliche Nutzung von öffentlichem Raum organisiere und wie ich Sondernutzungen zulassen muss, wenn sie bestimmte Rahmenbedingungen erfüllen. Insofern kann ich auch nicht sagen, auf dem einen Platz lasse ich dann soziale Sondernutzung zu und auf dem anderen nur andere, sondern der öffentliche Raum ist grundsätzlich unter bestimmten Bedingungen, außer gegebenenfalls gewerblich, für fast alles nutzbar. Und da müssen wir dann einfach vielleicht noch mal klären, wo die rechtlichen Rahmensetzungen sind. So entsteht immer der Eindruck, wir würden uns einem Plätzekonzept erwehren. Das kann vielleicht quantitativ der Fall sein, aber wir haben hier qualitative Gründe, warum das nicht zu der Lösung führt, die Sie sich vorstellen. Und deswegen müssen wir darüber einfach nochmal reden. Ein solches Fachgespräch würde ich Ihnen gerne hier anbieten, weil weder Sie noch ich sind in den Details so tief drin, dass wir das am Ende, glaube ich, auch ausreichend miteinander klären können.

Damit habe ich aber verstanden, dass ich den Antrag jetzt aktuell nicht zur Abstimmung stellen muss. Wir entscheiden jetzt über die Polizeiverordnung, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme.

Und auch vielen Dank an alle, die da vor Ort tätig sind, als Sozialarbeiter*innen, als Polizist*innen, als Mitarbeitende des KOD und viele andere mehr. Denn das ist, denke ich, manchmal dort wirklich kein Zuckerschlecken, auch wenn der Zuckerbäcker nebensächlich ist. Und es ist auch gerade durch unsere Alkoholkonsumverordnung überhaupt erst möglich, dort gegebenenfalls auch überhaupt ein Instrumentarium zu haben, das man zur Anwendung bringt. Sonst wäre das nur vergebene appellative Liebesmüh.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. April 2024